

Deputationsvorlage

für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 140
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in
Bremen-Gröpelingen**

(Bearbeitungsstand: 04.10.2018)

- **Planaufstellungsbeschluss**
- **Öffentliche Auslegung**

I. Sachdarstellung

A) Problem

Die Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH (WaBeQ) plant entlang der Seewenjestraße das Wohnbauprojekt "Wohnen in Vielfalt". Das Projekt umfasst insgesamt 71 Wohnungen. Von den Wohneinheiten werden fünf von der Lebenshilfe genutzt um Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Zusätzlich ist eine Arztpraxis der Allgemeinmedizin vorgesehen.

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1075 vom 03.05.1979. Dieser setzt ein Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO fest. Es sind Gebäude mit max. einem Vollgeschoss im hinteren und max. zwei Vollgeschossen im vorderen Plangebietsbereich zulässig. Somit ist das geplante Vorhaben nicht aus dem bestehenden Planungsrecht zu entwickeln.

B) Lösung

Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 12 Baugesetzbuch (BauGB). Es handelt sich um einen Plan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB).

Zum Planinhalt

Es wird auf den anliegenden Planentwurf und den Text der Begründung verwiesen.

Zum Verfahren nach dem BauGB

1. Planaufstellungsbeschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft wird gebeten, einen Planaufstellungsbeschluss zu fassen. Auf den entsprechenden Beschlussvorschlag unter II. dieser Vorlage wird verwiesen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 140 ist die frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt worden. Das Ergebnis dieser Beteiligung ist in die Planung eingeflossen.

3. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

Die Öffentlichkeit wurde am 19. Juni 2018 im Rahmen einer öffentlichen Einwohnerversammlung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichtet.

3.1 Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Zur Einwohnerversammlung waren keine Bürgerinnen und Bürger anwesend, so dass keine Fragen zu der beabsichtigten Planung angebracht wurden. Das Protokoll der Einwohnerversammlung ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

4. Gleichzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sollen für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 140 gleichzeitig durchgeführt werden (§ 4a Abs. 2 BauGB).

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft wird nach der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs im Rahmen der Behandlung der anlässlich der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen auch über das Ergebnis der Trägerbeteiligung unterrichtet.

5. Verfahren gemäß § 13a BauGB

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 140 soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB) aufgestellt werden.

Das Plangebiet umfasst eine rd. 4.730 m² große Garagenhofanlage in der Seewenjestraße. Mit der Entwicklung eines Neubauvorhabens soll die Nutzung als Garagenhof einer Wohnnutzung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen weichen. Vor diesem Hintergrund und der Zielsetzung der Schaffung von Wohnraum zur Versorgung der Bevölkerung (§ 13a Abs. 2 Nr. 3 BauGB) stellt das Vorhaben eine Maßnahme der Innenentwicklung dar.

5. Umweltbelange

Von einem förmlichen Umweltbericht wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen. Unabhängig hiervon werden die relevanten Auswirkungen auf die Umwelt gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB berücksichtigt und in die Abwägung eingestellt. Auf Punkt D) der Begründung wird verwiesen.

C) Finanzielle Auswirkungen / Gender-Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

Bei der Realisierung der Planung entstehen der Stadtgemeinde Bremen keine Kosten. Die Vorhabenträgerin übernimmt im Durchführungsvertrag die Verpflichtung, das Vorhaben im Plangebiet auf eigene Kosten zu verwirklichen. Die Kosten für die Sondierung möglicher Kampfmittel im Plangebiet sind von der Vorhabenträgerin zu tragen.

Wegen einer möglichen Kampfmittelbeseitigung ist nicht auszuschließen, dass der Stadt Bremen Kosten entstehen könnten. Die dafür erforderlichen Mittel werden – soweit Dritte nicht zur vollständigen Refinanzierung der Kosten herangezogen werden können – entsprechend den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln in Anspruch genommen, über die die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsaufstellung zu beschließen hat.

2. Gender-Prüfung

Das Vorhaben für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße soll für Frauen und Männer gleichermaßen ein attraktiver Ort zum Wohnen werden. Die Wohnnutzung richtet sich gleichberechtigt an beide Geschlechter. Durch das Vorhaben sind daher keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu erwarten.

D) Abstimmungen

Die Vorhabenplanung zur Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen ist dem Beirat Gröpelingen in seiner Sitzung am 28. Februar 2018 vorgestellt worden.

Der Beirat Gröpelingen wird zeitgleich zur öffentlichen Auslegung im Rahmen der Trägeranhörung erneut beteiligt.

Dem Ortsamt West wurde die Deputationsvorlage gemäß der Richtlinie über die Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit den Beiräten und Ortsämtern vom 17. November 2016 übersandt.

II. Beschlussvorschläge

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen (Bearbeitungsstand 04.10.2018) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 140 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Neubauvorhabens in der Seewenjestraße in Bremen-Gröpelingen (Bearbeitungsstand 04.10.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Anlagen

- Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 140 (Bearbeitungsstand: 04.10.2018)
- Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 140 (Bearbeitungsstand: 04.10.2018)
- Protokoll der Einwohnerversammlung

Begründung

**zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 140
(gleichzeitig Vorhaben- und Erschließungsplan)
für die Errichtung eines Neubauvorhabens in Bremen-Gröpelingen
(Bearbeitungsstand: 04.10.2018)**

A) Plangebiet

Das rd. 4.730 m² große Plangebiet liegt im Stadtteil Gröpelingen im Ortsteil Gröpelingen und umfasst die Flurstücke 33/8, 33/22, 38/6 sowie 38/8. Es wird südöstlich durch einen Parkplatz eines angrenzenden Nahversorgers, im Norden und Westen durch angrenzende Wohnbebauung und im Südwesten durch die Seewenjestraße begrenzt. Maßgeblich für den Geltungsbereich ist die Abgrenzung in der Planzeichnung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans.

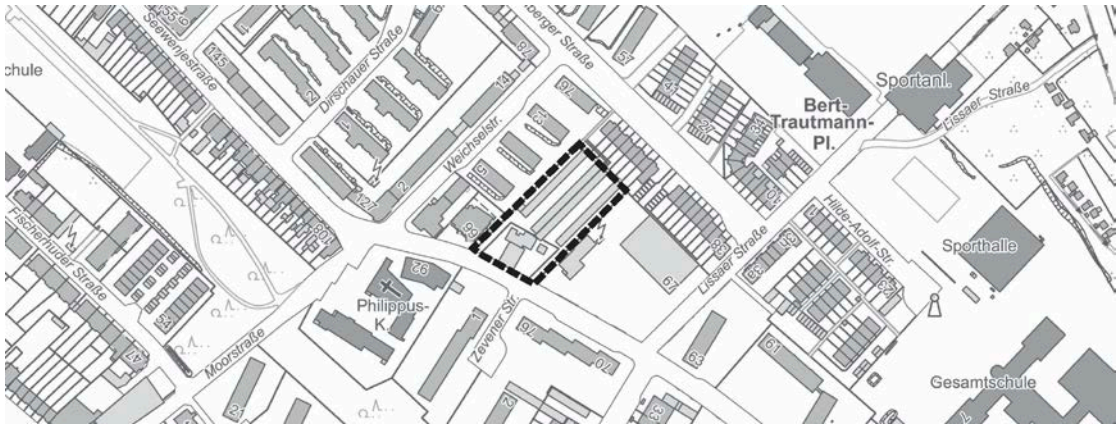


Abb. 1 Lage des Plangebietes (gestrichelte Linie)
(Quelle Plangrundlage: ABK 5, GeoInformation Bremen)

B) Ziele, Zwecke und Erforderlichkeit des Bebauungsplanes

1. Entwicklung und Zustand

Auf dem Plangebiet befindet sich zurzeit eine Garagenanlage mit insgesamt 89 Fertiggaragen. Im südwestlichen Bereich stand bis vor einigen Jahren eine Tankstelle, die bereits abgerissen wurde. Im Zuge dessen wurde der Boden ganzheitlich abgetragen und austauscht. Das Plangebiet ist, bis auf den vorderen Bereich, fast vollständig versiegelt. Entlang der nordwestlichen und südöstlichen Grundstücksgrenze befinden sich mehrere großkronige Laub- und Nadelbäume, teilweise auf dem Grundstück. Einzelne Baumkronen von benachbarten Grundstücken ragen in das Plangebiet hinein.

2. Geltendes Planungsrecht

Der Flächennutzungsplan Bremen stellt den Planbereich als Wohnbaufläche dar.

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1075 vom 03.05.1979. Dieser setzt ein Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO fest. Es sind Gebäude mit max. einem Vollgeschoss im hinteren und max. zwei Vollgeschossen im vorderen Plangebietsbereich zulässig.

3. Planungsziele und Erforderlichkeit des Bebauungsplanes

Die gemeinnützige Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft GmbH (Wa-BeQ) plant entlang der Seewenjestraße das Wohnbauprojekt "Wohnen in Vielfalt". Die Vorhabenplanung sieht die Errichtung von mehreren Wohngebäuden mit insgesamt 71 Wohneinheiten sowie einer Arztpraxis vor. Von den Wohneinheiten werden fünf von der Lebenshilfe genutzt, um Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Das Vorhaben soll dazu dienen, dem wachsenden Bedarf an Wohnraum im Stadtteil Gröpelingen nachzukommen. 25 % der Wohnungen werden nach den Richtlinien zur Wohnbauförderung in Bremen errichtet.

Mit der Planung werden neben der Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau weitere Ziele verfolgt:

- Städtebauliche Aufwertung und Fassung der Seewenjestraße
- Bereitstellung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten während des Neubaufvorhabens aufgrund des Tätigkeitsspektrums der WaBeQ
- Schaffung von hochwertigen Innenhöfen, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern für verschiedene Aktivitäten genutzt werden können

4. Planungsverfahren

Mit Realisierung des Vorhabens wird eine innerstädtische Garagenhofanlage aufgegeben und abgebrochen, um neuen Wohnraum zu schaffen. Die Planung stellt eine Maßnahme der Innenentwicklung dar und dient einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung, die auf eine Begrenzung des Freiflächenverbrauchs abzielt. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans erfolgt daher auf Grundlage des § 13a Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren ("Bebauungsplan der Innenentwicklung"). Die Voraussetzungen hierfür liegen vor, denn das Plangebiet befindet sich in einem von Siedlungstätigkeit geprägten Gebiet der Stadt und die überbaubare Grundstücksfläche im Sinne von § 19 Abs. 2 BauNVO beträgt weniger als 20.000 m².

Die Planung begründet auch nicht die Zulässigkeit von Vorhaben, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach der Anlage 1 zum UVPG (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz) bzw. nach Landesgesetz erfordern und bereitet diese auch nicht vor. Es bestehen auch keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter oder dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Eingriffe in Natur und Landschaft, die aufgrund der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zu prüfen sind, bestehen nicht, denn die bisher bestehende Garagenhofanlage versiegelt das Plangebiet vollständig.

C) Planinhalt

Die Vorhabenplanung sieht die Schaffung von mehreren Wohngebäuden vor, die zusammen drei innenliegende Höfe bilden. Diese sollen einerseits als Treffpunkt für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner sowie andererseits als Spielplatzflächen für Kinder dienen.

Ein zentraler Erschließungsweg führt von der Seewenjestraße durch die Gebäudedurchfahrt in den hinteren Bereich des Grundstücks und erschließt dabei die weiteren Gebäude des Neubauvorhabens. Dieser Privatweg dient zusätzlich als Feuerwehrezufahrt sowie als Aufstellfläche (siehe Anlage 1 und 2).

1. Art der baulichen Nutzung

Als Art der baulichen Nutzung wird ein Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO festgesetzt. Allgemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen. Die gewählte Gebietsausweisung trägt der durch Wohnnutzung geprägten Struktur im Umfeld des Plangebietes Rechnung.

In dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan 140 wird mit der Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes ein Baugebiet nach der BauNVO ausgewiesen. Im Sinne von § 12 Abs. 3a BauGB wird festgesetzt, dass im Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes im Rahmen der ausgewiesenen Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich die Vorhabenträgerin im Durchführungsvertrag verpflichtet hat. Die Festsetzung ist somit Grundlage für eine weitergehende Konkretisierung des Vorhabens, die im Durchführungsvertrag erfolgt.

Im Allgemeinen Wohngebiet sind die ansonsten ausnahmsweise zulässigen Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe und Tankstellen nicht zulässig. Diese Nutzungen werden nicht zugelassen, da sie Zielverkehre auslösen, die zu einem höheren Verkehrsaufkommen in dem Plangebiet führen würden. Ziel der Planung ist jedoch, möglichst wenig Verkehr zu generieren. Zudem können die vorgenannten Nutzungen auch in den Abendstunden geöffnet sein, so dass Konfliktsituationen mit dem Wohnen nicht ausgeschlossen werden können.

Angrenzend zum Plangebiet befindet sich im Norden und Nordwesten ein Allgemeines Wohngebiet, im Südwesten eine Mischgebietsfläche und südöstlich zum Plangebiet ein Gewerbegebiet (B-Plan 1075). Innerhalb dieses Gebietes sind nur solche Betriebe, Betriebsteile und Anlagen zulässig, die benachbarte Gebiete nicht wesentlich stören. Hierdurch ist innerhalb des Gewerbegebietes die Nutzungsauswahl zum Schutz der umliegenden Wohnnutzungen eingeschränkt. Nutzungskonflikte sind daher nicht zu erwarten.

2. Maß der baulichen Nutzung und überbaubare Grundstücksfläche

Das Maß der baulichen Nutzung orientiert sich an der städtebaulichen Konzeption, die wiederum auf die Bestandssituation und die Umgebungsgebäude eingeht. Es wird insgesamt beschränkt durch die Festsetzung der Grundflächenzahl (GRZ) sowie der maximalen Gebäudehöhe als Gebäudeoberkante.

Für das Allgemeine Wohngebiet wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 festgesetzt. Hierdurch wird eine dem Ort angemessene Dichte erzeugt, die dem städtebaulichen Entwurf entspricht und zugleich ausreichend Freiräume für ein durchgrüntes Neubauvorhaben schafft. Gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO darf die zulässige Grundfläche durch Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten sowie durch Nebenanlagen um bis zu 50%, maximal jedoch bis zu einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6, überschritten werden.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Gebäudehöhen leiten sich aus der städtebaulichen Konzeption ab. Der Bezugspunkt für die Höhenbestimmung ist der in der Planzeichnung außerhalb des Geltungsbereichs des B-Plans dargestellte Punkt über Normalnull. Um eine gewisse Flexibilität zu ermöglichen, sind Überschreitungen der festgesetzten Höhen um bis zu 0,5 m zulässig.

Zur Sicherung der Vorhabenplanung können die Oberkanten baulicher Anlagen im südlichen Bereich max. 16,5 m und im nördlichen Bereich 12,5 m betragen. Dies entspricht bei der Vorhabenplanung einer Vollgeschossanzahl von vier im südlichen und drei im nördlichen Bereich, jeweils inklusive eines Dachgeschosses.

Die textliche Festsetzung Nr. 7 ermöglicht, dass für untergeordnete technische Aufbauten und Treppenausstiege eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe um 1,5 m zugelassen werden kann. Voraussetzung für diesen Genehmigungsvorbehalt ist, dass die technischen Aufbauten um mindestens 2,0 m von der Gebäudeaußenkante des obersten Geschosses abrücken. Durch den Abstand von der Außenkante des Gebäudes soll die Sichtbarkeit und damit die städtebauliche Wirkung der Aufbauten vom öffentlichen Raum aus beschränkt werden. Grundsätzlich sind technische Aufbauten, mit Ausnahme von Solaranlagen und Treppenausstiegen, einzuhausen.

Zur Sicherung der städtebaulichen Konzeption wird die überbaubare Grundstücksfläche durch die Festsetzung von Baugrenzen vorgegeben. Die städtebauliche Konzeption sieht vor, dass Teile der Gebäudefassaden zurückspringen und die Dachhöhen sich unterschiedlich gestalten. Die Baugrenzen orientieren sich an den geplanten Baukörpern, bieten aber auch etwas Spielraum für flexible Gestaltungskonzeptionen im Rahmen der Genehmigungsplanung.

Der Bebauungsplan bestimmt des Weiteren, dass Stellplätze sowie Flächen für die Müllentsorgung nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sowie innerhalb der jeweils für sie festgesetzten Flächen zulässig sind. Mit diesen Festsetzungen erfolgt eine Gliederung in eine Erschließungs- und Stellplatzfläche sowie in eine unbebaute Freifläche. Nähere Regelungen hierzu erfolgen im Durchführungsvertrag.

3. Verkehrliche Erschließung, Stellplätze, Mobilitätskonzept und Garagenhof Seewenjestraße

Verkehrliche Erschließung

Die Erschließung des Neubauvorhabens erfolgt über die Seewenjestraße. Die Planung sieht für die innere Erschließung vor, einen privaten Erschließungsweg für das Neubauvorhaben herzustellen. Dieser führt durch eine Gebäudedurchfahrt im südlichen Planbereich in den mittleren und hinteren Bereich des Grundstücks und erschließt die Gebäude sowie die zentrale Stellplatzanlage des Neubauvorhabens. Der städtebaulichen Konzeption und der Erschließungsplanung folgend, ist der Ein- und Ausfahrtbereich zeichnerisch festgesetzt. Außerhalb dieses Bereichs sind Zufahrten nicht zulässig.

Private Pflichtstellplätze

Die Unterbringung der Pkw-Stellplätze ist in einer zentral im Plangebiet gelegenen Stellplatzanlage vorgesehen. Nach Bremer Stellplatzortsgesetz (StellpLOG) sind für die geplanten 71 Wohneinheiten 56 Pflichtstellplätze sowie weitere drei Stellplätze für die Arztpraxis im Plangebiet herzustellen.

Der Standort an der Seewenjestraße bietet aufgrund seiner Nähe zur rd. 50 m entfernten Busstation „In den Barken“, zur rd. 400 m entfernten Straßenbahn- und Busstation „Moorstraße“ sowie zu den nahgelegenen Nahversorgungseinrichtungen und sozialen Einrichtungen (Kita, Schulen) sehr gute Voraussetzungen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sowie zur Stärkung des Umweltverbundes. Daher sollen für das Neubauvorhaben an der Seewenjestraße auf Grundlage von § 9 Stellplatzortsgesetz mit einem Mobilitätskonzept die erforderlichen Pflichtstellplätze auf 20 % reduziert wer-

den. Dies entspricht der Herstellung von vierzehn Pflichtstellplätzen (elf für den Wohnbereich, drei für die Arztpraxis). Hiervon werden zwei Stellplätze behindertengerecht hergerichtet.

Mobilitätskonzept

Das vorgesehene Mobilitätskonzept soll einen Beitrag zur Verringerung des Kfz-Verkehrs im Ortsteil leisten. Hierbei werden für die neuen Bewohnerinnen und Bewohner Anreize geschaffen, um auf einen eigenen Pkw zu verzichten und die Angebote der BSAG sowie der Carsharing-Anbieter zu nutzen. Den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern werden hierzu Zeitkarten der BSAG sowie Mitgliedschaften von Carsharing-Dienstleistern zur Verfügung gestellt. Die Zeitkarten werden von der Vorhabenträgerin in Höhe der Ablösesummen für die nicht hergestellten Pflichtstellplätze finanziert. Die Reduzierung des notwendigen Stellplatzschlüssels soll den Mobilitätsansprüchen der Zielgruppen gerecht und durch umweltfreundliche Angebote unterstützt werden.

Zu dem Mobilitätskonzept zählt auch die Herstellung einer zentralen Stellplatzanlage für Fahrräder, Flächen für Fahrradanhänger sowie dezentrale Fahrradabstellanlagen vor den einzelnen Gebäuden.

Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich im Rahmen des Durchführungsvertrages zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes. Zudem erfolgt eine Sicherung zwischen der Vorhabenträgerin mit den Verkehrsbetrieben der Stadt Bremen (BSAG) und einem Carsharing-Anbieter, um die vorgenannten Maßnahmen vertraglich zu sichern.

Besucherstellplätze

Für das Bauvorhaben werden zusätzliche 21 Besucherstellplätze im öffentlichen Raum benötigt. Die Quote beträgt dabei 30 % pro Wohneinheit.

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans ist durch ein Verkehrsplanungsbüro die Leistungsfähigkeit und Aufnahmequalität des öffentlichen Straßenraumes innerhalb einer 200 m fußläufigen Entfernung vom Plangebiet untersucht worden („Parkraumuntersuchung im Umfeld der Seewenjestraße 83“; BMO Stadt und Verkehr; Bremen, Bearbeitungsstand V1.03). Die Untersuchung erfolgte methodisch auf Grundlage einer kleinräumigen Datenanalyse, einer Erfassung des öffentlichen Stellplatzangebotes sowie einer Feststellung der Anzahl der Haushalte im Plangebietsumfeld. Zusammenfassend kommt die Untersuchung zu folgenden Ergebnissen:

- Die Erfassung der Parkplatzauslastung ergab zum Zeitpunkt der höchsten Auslastung um 24:00 Uhr eine Parkplatzbelegung von rd. 80 %. Hieraus ergibt sich ein freies Parkplatzpotenzial von 77 öffentlichen Parkplätzen im Umkreis einer 200 m fußläufigen Entfernung vom Plangebiet.
- Während der Tageszeit (08:00 – 20:00 Uhr) besteht eine durchschnittliche Parkplatzbelegung von rd. 62,25 %. Hieraus ergibt sich ein durchschnittliches freies Parkplatzpotenzial von rd. 144 öffentlichen Parkplätzen im Umkreis einer 200 m fußläufigen Entfernung vom Plangebiet.

Da bei der Untersuchung des öffentlichen Straßenraums ein freies Parkplatzpotenzial von 77 öffentlichen Parkplätzen zum Zeitpunkt der höchsten Auslastung (24:00 Uhr) und sogar von 144 öffentlichen Parkplätzen innerhalb des Tagesverlaufes festgestellt wurde, bietet der öffentliche Straßenraum eine ausreichende Anzahl von frei verfügbaren öffentlichen Stellplätzen für die rechnerisch erforderlichen 21 Besucherstellplätze des Neubauvorhabens.

Garagenhof Seewenjestraße

Die Vorhabenplanung sieht die Überplanung eines Garagenhofs vor. Dieser stellt einen städtebaulichen Einzelfall im Ortsteil dar und ist als solcher zu betrachten. Der Garagenhof liegt innerhalb einer Mischgebietsbaufläche (B-Plan Nr. 1075). Auf dieser sind neben gewerblichen Nutzungen auch Wohnnutzungen zulässig.

Mit dem Abbruch der vorhandenen Garagen werden private Stellplätze reduziert und ggf. in den öffentlichen Raum verlagert. Diese Verlagerung ist auch bei Vorhaben der Innenentwicklung kein angestrebtes Ziel der städtebaulichen Planung. Im vorliegenden Fall wird jedoch der Schaffung von Wohnraum in Gröpelingen eine solch hohe Priorität eingeräumt, dass eine Verlagerung von privaten Stellplätzen in den öffentlichen Raum für vertretbar gehalten wird.

Der Garagenhof besteht aus insgesamt 89 Garagen in Fertigbauweise. Das Verkehrsplanungsbüro hat bei seiner Untersuchung 81 Garagen sichten können und ermittelt, dass am Tag der Sichtung nur 72 Garagen von Pkws genutzt wurden. Die Sichtung stellt eine Stichprobe dar.

Die Realisierung des Vorhabens führt zum Abriss der Garagen. Es ist dabei davon auszugehen, dass diese Mieter sich entweder eine neue Mietgarage suchen oder dass sie ihr Fahrzeug im öffentlichen Raum abstellen werden, so dass der Parkraumdruck erhöht wird. Im Zuge der Überprüfung der Garagenhofanlage wurden die Adressen der einzelnen Garagenmieter untersucht und verortet.

Für die verdrängten Pkw, deren Mieter im direkten Untersuchungsgebiet der Parkraumuntersuchung, also in einer Entfernung von 200 m zum Plangebiet, leben, besitzt der öffentliche Straßenraum eine ausreichende Anzahl von frei verfügbaren, öffentlichen Stellplätzen. Die anderen betroffenen Mieter der Garagen, die nicht in dem vorgenannten Umkreis leben, sind nicht weiter betrachtet worden. Sie sind für das Untersuchungsgebiet selbst nicht relevant.

Die vorgenannten, frei verfügbaren Stellplätze im öffentlichen Straßenraum stehen also damit nicht nur für Besucherstellplätze des Neubauvorhabens sondern auch für die ehemaligen Garagenstellplätze zur Verfügung (vgl. nachfolgende Tabelle).

Freies Stellplatzpotenzial im öffentlichen Raum des Plangebietsumfeldes zum Zeitpunkt der höchsten Auslastung (24:00 Uhr)	77
Anzahl der notwendigen Besucherstellplätze (71 Wohnungen x 30 %)	21
Mindestanzahl von Pkw, die auf Garagen-Mieter <u>innerhalb</u> des Untersuchungsgebietes* zugelassen sind	min. 43
<hr/> Anzahl der restlichen freien öffentlichen Stellplätze	<hr/> 13

* = Plangebiet inklusive eines fußläufigen Umgebungsbereiches von 200 m

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Nachweise privater Stellplätze nach StellplIOG mit einem ergänzendem Mobilitätskonzept innerhalb des Plangebiets gewährleistet werden kann. Stellplätze für Besucherinnen und Besucher sind im öffentlichen Verkehrsraum ausreichend vorhanden. Mit dem Wegfallen von gewerblich vermieteten Garagen werden Stellplätze auf privatem Grund ggf. in den öffentlichen Raum verlagert, der jedoch hierfür ausreichend Kapazitäten hat. Die Verlagerung dieser Stellplätze in den öffentlichen Raum wird im Rahmen der Abwägung gegenüber der Schaffung von in Bremen dringend benötigtem Wohnraum zu Lasten von Kfz-Garagen für städtebaulich vertretbar gehalten. Auf die Errichtung zusätzlicher Stellplätze für Besucherinnen und Besucher wird demnach verzichtet.

4. Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung des Vorhabens kann durch Anschluss an die vorhandenen Leitungen in der Seewenjestraße erfolgen.

Die Abfallentsorgung des Neubauvorhabens erfolgt über die Seewenjestraße. Eine Abfallsammelstelle soll im südwestlichen Eingangsbereich eingerichtet werden.

5. Lärm

Auf das Plangebiet wirken Schallimmissionen, insbesondere in Form von Schienen- und Gewerbelärm, ein. Die Berechnungen aus der schalltechnischen Voruntersuchung ergaben für das Plangebiet hinsichtlich des Gewerbelärms zum Teil Überschreitungen des zulässigen Spitzenpegels. So geht die TA Lärm von einem zulässigen Spitzenpegel von 85 dB(A) aus. Dieser wird gemäß Prognose um 1 dB(A) überschritten. Verursacht werden diese Geräuschimmissionen durch den östlich angrenzenden Verbrauchermarkt sowie die Be- und Entladungen des Anlieferungsverkehrs. Um die Gewerbelärmimmissionen entsprechend den Vorgaben der TA Lärm zu mindern, soll der Anlieferungsbereich eingehaust werden. Durch die Einhausung kann eine Reduzierung um mehr als 1 dB(A) erfolgen.

Um diese Maßnahme zu sichern und den Schallschutz für das Vorhaben zu garantieren, wird die Einhausung zwischen der Vorhabenträgerin, der WaBeQ und dem Betreiber des Verbrauchermarktes vertraglich gesichert. Die Einhausung ist Voraussetzung für die Wohnnutzung des Neubauvorhabens.

Aufgrund des Schienenlärms setzt der Bebauungsplan aus Gründen des Schallschutzes fest, dass in den zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen durch geeignete bauliche Maßnahmen der Mittelungspegel von 35 dB(A) tagsüber nicht überschritten werden darf.

Im Bereich zwischen der Seewenjestraße und der parallel verlaufenden Baugrenze ist mit Außenlärmwerten nachts von 45 dB(A) bis 48 dB(A) zu rechnen. Hier ist durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. schallgedämmte Lüftungsöffnungen) sicherzustellen, dass in den zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen der Mittelungspegel von nachts 30 dB(A) bei freier Belüftung (gekipptes Fenster) nicht überschritten wird.

Nördlich von der parallel zur Seewenjestraße verlaufenden Baugrenze ist mit Außenpegeln von 50 dB(A) bis 56 dB(A) nachts zu rechnen. Hier ist durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. schallgedämmte Lüftungsöffnungen) sicherzustellen, dass in zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen der Mittelungspegel von nachts 30 dB(A) bei geschlossenem Fenster nicht überschritten wird.

Der Nachweis für die Erfüllung der Anforderungen aus den oben genannten Regelungen zum Schallschutz erfolgt im Einzelfall, so dass hieraus die notwendigen Schallschutzmaßnahmen abgeleitet werden können. Dabei kann unter Beachtung des jeweiligen Einzelfalls auf Grundlage eines schalltechnischen Einzelnachweises von den Anforderungen der getroffenen Schallschutzfestsetzungen abgewichen werden. Mit dieser Regelung obliegt es dem Bauherrn, im Genehmigungsverfahren den Nachweis des erforderlichen Schallschutzes zu führen.

Eine ausführliche Darstellung der im Plangebiet zu erwarteten Immissionen findet sich in den Umweltbelangen (Kapitel D)

6. Klimaschutz und Entwässerungskonzept

Das Energiekonzept für das Neubauvorhaben setzt auf eine konsequente Ausnutzung von Solarenergie in Kombination mit Batteriespeichern. Hierdurch kann das Quartier nahezu energetisch autark werden. Um dies zu gewährleisten, werden auf 2/3 der Dachflächen Photovoltaikanlagen installiert. Eine detaillierte Planung des Energiekonzeptes erfolgt in der konkreten Gebäudeplanung. Der Bebauungsplan schafft die Voraussetzung für das Konzept und setzt hierzu fest, dass bei Errichtung von Gebäuden die tragenden Konstruktionen der Dachflächen statisch so auszubilden sind, dass die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie möglich ist.

Die Gebäude des Neubauvorhabens werden als KfW Effizienzhäuser 40 Plus errichtet. Zusammen mit dem Energiekonzept wird ein energetisch optimiertes Wohnquartier geschaffen. Die konkreten Maßnahmen des Energiekonzeptes werden im Durchführungsvertrag verankert.

Das Entwässerungskonzept sieht vor, das anfallende Regenwasser der Dachflächen sowie der versiegelten Bereiche innerhalb von Rigolenkästen unterhalb der zentralen Erschließungsfläche zu sammeln und zeitverzögert ins Grundwasser abzugeben. Zusätzlich werden die Dachflächen begrünt. Hierzu setzt der Bebauungsplan fest, dass mindestens 80 % der Flachdächer zu begrünen sind. Hiervon ausgenommen sind Flächen für die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie, Klima- und Lüftungsanlagen sowie für Fahrstuhlüberfahrten. Eine Installation von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie ist zudem auf begrünten Dachflächen möglich. Des Weiteren wird die Stellplatzanlage mit Rasergittersteinen und die Fahrbahnen und Gehwege mit offenen Fugen gepflastert. Hierdurch kann ein Teil der Versickerung und Rückhaltung bereits auf dem Plangebiet erfolgen. Die Rigolen erweitern die Flächen zur Versickerung und Rückhaltung. Diese Maßnahmen dienen neben der Entwässerung des im Plangebiet anfallenden Regenwassers auch zur Vorsorge gegenüber Starkregenereignissen, da durch die Rückhaltung das Wasser erst zeitverzögert ins Grundwasser oder ins öffentliche Netz abgegeben werden kann und diese somit während Starkregenereignissen entlastet werden können. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich im Durchführungsvertrag zu den vorgenannten Maßnahmen.

7. Hinweise

Kampfmittel

Im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans kann das Vorhandensein von Kampfmitteln nicht ausgeschlossen werden. Vor Aufnahme der planmäßigen Nutzung ist daher in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen eine Sondierung und ggf. Beseitigung der Kampfmittel sicherzustellen.

D) Umweltbelange

Da bei der vorliegenden Planung die Voraussetzungen zur Anwendung des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) vorliegen, erfolgt die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren.

Im Planverfahren nach § 13a BauGB kann von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie vom Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen werden, wenn die festgesetzte überbaubare Grundfläche weniger als 20.000 m² beträgt. Dies trifft im vorliegenden Fall zu, da das Plangebiet mit einer Fläche von rd. 4.730

m² deutlich unterhalb von 20.000 m² liegt. Auf eine Umweltprüfung wurde daher verzichtet. Gleichwohl werden die für die geplante Bebauung relevanten Belange des Umweltschutzes nachfolgend dargestellt.

Baum-, Arten- und Biotopschutz

Innerhalb des Plangebietes befinden sich neun Bäume, die alle nicht unter die Baumschutzverordnung des Landes Bremen fallen. Zusätzlich ragen die Kronenbereiche von 31 weiteren Bäumen von Nachbargrundstücken ins Plangebiet. Bei den Bäumen handelt es sich um Eichen, Buchen, sonstige Laubbäume sowie vereinzelte Nadelbäume. Teilweise weisen diese Bäume Stammumfänge von mehr als 1,0 m und Kronenradien von mehr als 8,0 m auf. (siehe Anlage 3: Baumliste Seewenjestraße 77-97).

Diese Altbaumbestände im Umfeld des Plangebietes sind im Landschaftsprogramm Bremen 2015 (Lapro) in ihrer Gesamtheit als wertvoll ausgewiesen und stellen zusammen mit der nahe gelegenen stadtteilübergreifenden Freiraumverbindung zwischen dem Waller und Oslebshauser Park wichtige private und öffentliche Grünstrukturen dar. Den Bäumen wird im Lapro eine wichtige Vernetzungsfunktion zugewiesen. Punktuelle Überplanungen von einzelnen Bäumen führen zu keinem Verlust dieser Vernetzungsfunktion.

Von den neun Bestandsbäumen werden vier überplant. Diese sind gemäß der Verordnung zum Schutze des Baumbestandes im Lande Bremen (BSVO) nicht geschützt und stellen sich wie folgt dar:

- Gemeine Esche (Nr. 29; Stammumfang: 0,93 m; Kronenradius: 5,50)
- Europäische Lärche, (Nr. 38; Stammumfang: 1,14 m; Kronenradius: 6,90 m)
- Europäische Lärche (Nr. 39; Stammumfang: 0,95 m; Kronenradius: 5,50 m)
- Stiel-Eiche: (Nr. 78; Stammumfang: 0,30 + 0,57 m; Kronenradius: 3,00 m)

Bei der Artenschutzkontrolle der Bäume wurden die vorhandenen Baum- bzw. Gehölzbestände im Plangebiet in Bezug auf etwaige Vorkommen brütender Vögel sowie vorhandener Lebensstätten von Brutvögeln, Fledermäusen oder sonstigen Tierarten, die mehrjährig besiedelt werden können (z.B. Spechthöhlen, Fledermaus-Quartiere usw.), untersucht. In den Kronenbereichen sowie an den Stämmen sind keine diesjährigen oder vorjährigen Horste oder Nester von Brutvögeln erkennbar gewesen. Während der Kontrollen konnte an den Bäumen keinerlei Vogelaktivität festgestellt werden.

Die an den Lärchen und an den beiden Laubbäumen einsehbaren Baumstämme und Äste weisen allesamt keine Höhlen, Spalten, Risse oder sonstige von höhlenbrütenden Vögeln oder Quartierfledermäusen besiedelbaren Strukturen bzw. Hohlräume auf. Auch ließen sich keine Rindenschäden, die z.B. als Tagesversteckplätze von Baumfledermäusen genutzt werden könnten, entdecken.

Sonstige Spuren oder Indizien, die auf eine Lebensstättenfunktion hinweisen (z.B. Kotspuren, Federn, Ultraschall-Rufsequenzen balzender Zwergfledermäuse, usw.), wurden nicht nachgewiesen.

Auch an den benachbarten Bäumen sowie an den Bäumen in der nahen Umgebung zeigten sich aktuell keine Brutvogelbesiedlung oder Fledermaus-Quartiervorkommen. Die Baumbestände wurden einzig zur Nachtzeit von zwei jagenden Individuen der Zwergfledermaus besucht. Aufgrund der nur kurzen Aufenthaltszeit ist allerdings nicht von einer ausgeprägten Nahrungshabitatfunktion auszugehen. So verfügen Zwergfledermäuse, die bevorzugt an Gehölzstrukturen jagen und im Bremer Raum weit verbreitet sind, über ausgedehnte Habitaträume, die oftmals mehrere Kilometer abseits der Wochenstuben liegen können.

Aufgrund fehlender Brutvogel- und Fledermauslebensstätten sowie einer derzeit nicht gegebenen Funktion als Brutvogel- oder Fledermaushabitat wird eine Fällung der vier Bäume als artenschutzrechtlich unbedenklich beurteilt. Verstöße im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind folglich nicht zu erwarten. Eine Fällung der Bäume ist unter Beachtung des Sommerfällverbotes (§ 39 Abs. 2 BNatSchG) nur in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und 28. Februar vorzunehmen. Zu beachten sind ferner weitere Gebote bzw. Verbote der Bremer Baumschutzverordnung.

Entwässerung

Das Landschaftsprogramm Bremen (Lapro 2015) weist das Plangebiet als eine Fläche mit einem hohen Versiegelungsgrad sowie als Bereich mit einem hohen Regenwasserversickerungspotenzial aus. Um diese Potenziale zu nutzen, sind insbesondere für Freiflächen im Geschosswohnungsbau Pflege- und Gestaltungskonzepte zu entwickeln.

Durch das Neubauvorhaben „Wohnen in Vielfalt“ und die damit verbundene Neuordnung des Geländes sowie die weitgehende Entsiegelung des Geländes werden Flächen geschaffen, die auch zur Versickerung genutzt werden können. Des Weiteren soll ein Entwässerungskonzept in Form von Rigolenkästen unterhalb der Erschließungsflächen sowie einem Minimum an versiegelten Flächen das anfallende Regenwasser sammeln, zurückhalten und zeitverzögert abgeben.

Einzelheiten zum Entwässerungskonzept sind unter dem Kapitel C Nr. 6 „Klimaschutz und Entwässerungskonzept“ beschrieben.

Immissionen

Gemäß § 1 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die Allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt zu berücksichtigen. Als Auftrag aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ist bei der Planung sicherzustellen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf Wohn- und sonstige schutzbedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden werden.

Auf das Plangebiet wirken Schallimmissionen, insbesondere Schienen- und Gewerbelärm, ein. Die Ermittlung und Bewertung der Lärmsituation für das Wohnbauvorhaben erfolgte auf Grundlage eines Schallschutzgutachtens (T&H Ingenieure GmbH, „Schalltechnische Untersuchung für die Aufstellung eines Vorhaben- und Erschließungsplanes in der Seewenjestraße in Bremen“; Bremen, 22.08.2018). Im Rahmen der Untersuchung wurden die Einwirkungen des Schienen- und Gewerbelärms auf die geplanten Gebäude ermittelt. Mit den Ergebnissen aus beiden Geräuschquellen wurden jeweils für den Schienen- sowie den Gewerbelärm Beurteilungspegel für Fassadenabschnitte der geplanten Gebäude berechnet. Die Beurteilungspegel wurden weiterführend unter dem Kapitel C Nr. 5 „Lärm“ beschrieben.

Im Rahmen der Bauleitplanung sind insbesondere die folgenden Normen und Verwaltungsvorschriften zu beachten:

- DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau" i.V. mit Beiblatt 1
- TA Lärm (Technische Anleitung Lärm - Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 26.8.1998; GMBI. 1998 Seite 503 ff; rechtsverbindlich seit dem 1. November 1998)
- 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung)

Die DIN 18005 enthält im Beiblatt 1 Orientierungswerte für die städtebauliche Planung. Sie gilt nicht für die Anwendung in Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren, wird

aber in der Bauleitplanung als Entscheidungshilfe verwendet. Die TA Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche. Sie ist Maßgabe bei der Beurteilung von Schallimmissionen von Gewerbe- und Industrieanlagen und somit für die Bauleitplanung von indirekter Bedeutung. Folgende Immissionsrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete sind zu beachten:

- DIN 18005: tags 55 dB(A), nachts 45 dB(A)
- TA Lärm tags 55 dB(A), nachts 40 dB(A)

(Die Tagwerte gelten von 6.00 – 22.00 Uhr, die Nachtwerte von 22.00 – 6.00 Uhr.)

Eine weitere Schwelle bei der Abwägung eines Ermessensspielraumes können die Grenzwerte der 16. BImSchV darstellen. Mit der 16. BImSchV wurden vom Gesetzgeber rechtsverbindliche Grenzwerte in Bezug auf Verkehrslärm durch Straßen- und Schienenverkehr vorgegeben. Generell sind diese Immissionsgrenzwerte dann heranzuziehen, wenn Straßen oder Schienenwege neu gebaut oder wesentlich geändert werden. Im Zusammenhang mit städtebaulichen Planungen ist die Anwendung dieser Grenzwerte nicht zwingend vorgeschrieben, jedoch werden sie regelmäßig in der Praxis zur Abgrenzung eines Ermessensbereiches und als weitere Abwägungsgrundlage herangezogen. Für die Beurteilung von Verkehrslärm sind für Allgemeine Wohngebiete folgende Immissionsgrenzwerte zu beachten:

- 16. BImSchV: tags 59 dB(A), nachts 49 dB(A)

(Die Tagwerte gelten von 6.00 – 22.00 Uhr, die Nachtwerte von 22.00 – 6.00 Uhr.)

Grundlage für die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen von Schallschutzmaßnahmen ist die „Vereinbarung zum Schallschutz in der städtebaulichen Planung“ zwischen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz in der Neufassung vom 01.03.2016.

Die im Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 140 zu erwartenden Immissionen und die getroffenen Maßnahmen werden nachfolgend beschrieben.

Gewerbelärm

Die Berechnungen aus der schalltechnischen Voruntersuchung ergaben für das Plangebiet zum Teil Überschreitungen des zulässigen Immissionsrichtwertes um 1 dB(A) für Allgemeine Wohngebiete gemäß dem Spitzenpegelkriterium von 85 dB(A) nach TA Lärm. Verursacht werden diese Geräuschimmissionen durch den östlich angrenzenden Verbrauchermarkt sowie die Be- und Entladungen des Anlieferungsverkehrs.

Aufgrund der Überschreitungen des zulässigen Immissionsrichtwertes um 1 dB(A) an den zum Anlieferungsbereich des Verbrauchermarktes angrenzenden Fassaden der geplanten Gebäude soll der Anlieferungsbereich des Verbrauchermarktes in Abstimmung zwischen der Vorhabenträgerin, der WaBeQ und dem Betreiber des Verbrauchermarktes mit einer ca. 4 m hohen Einhausung versehen werden. Die Einhausung wird eine Länge von ca. 20 m aufweisen und deckt dadurch den Anlieferungsbereich in Richtung Westen ab. Die Einhausung muss in Richtung Südwesten offen sein, so dass ein Lkw rückwärts in die Einhausung fahren kann. Zur Reduzierung von Reflexionen ist mindestens die Decke der Einhausung mit einem absorbierenden Material zu belegen. Aufgrund der Notwendigkeit dieser Maßnahme wurde diese den Berechnungen der schalltechnischen Untersuchung zugrunde gelegt. Die Einhausung wird vertraglich zwischen der Vorhabenträgerin und dem Betreiber des Verbrauchermarktes sowie der Stadtgemeinde Bremen und der Vorhabenträgerin abgesichert. Zusätzlich sind Baulast und Grunddienstbarkeit für das Grundstück, auf welchem die Lärmschutzwand errichtet werden

soll, einzutragen. Aufgrund dieser Sicherstellung der vorgenannten Schallschutzmaßnahme ist eine Festsetzung im Bebauungsplan nicht erforderlich.

Die Berechnungen der schalltechnischen Untersuchung ergaben, dass mit der Einhausung die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm von 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts an allen Fassaden der Gebäude im geplanten Wohngebiet unterschritten bzw. eingehalten werden. Die höchsten Beurteilungspegel betragen tags 54 dB(A) und nachts 40 dB(A) an den südöstlichen Fassaden der nordöstlichen Gebäude. Die höchsten kurzzeitigen Geräuschspitzen / Maximalpegel betragen tags an den südöstlichen Fassaden dieser Gebäude durch das Absetzen von Containern nordwestlich der geplanten Einhausung des Verbrauchermarktes 83 dB(A). Der zulässige Maximalpegel von 85 dB(A) tags wird nicht überschritten. Nachts werden keine kurzzeitigen Geräuschspitzen/ Maximalpegel durch den Betrieb des Verbrauchermarktes verursacht.

Unter Berücksichtigung der betrachteten Schallquellen sind keine schädlichen, tieffrequenten Geräuschimmissionen zu erwarten. Mit der Einhausung des Anlieferungsbereiches werden die Immissionsschutzrichtwerte für Allgemeine Wohngebiete im Plangebiet eingehalten. Weitere Schallschutzmaßnahmen sind nicht erforderlich. Näheres zu der vorgenannten Schallschutzmaßnahme wird im Durchführungsvertrag geregelt.

Schienenlärm

Im Rahmen des oben genannten Gutachtens wurden die zu erwartenden Geräuschimmissionen, verursacht durch den 400 m entfernten Schienenverkehr, innerhalb des Plangebietes ermittelt. Die Ergebnisse wurden nach der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ sowie nach der 16. BImSchV beurteilt.

In Bezug auf den Schienenverkehrslärm ergaben die Berechnungen, dass es durch den Schienenverkehr an den geplanten Wohnbebauungen nachts zu Überschreitungen der Orientierungswerte gemäß Beiblatt 1 der DIN 18005 sowie der Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV kommt. In der nachfolgenden Grafik (Abb. 3) sind die nächtlichen Außenlärmwerte durch Schienenlärmimmissionen für das gesamte Vorhabengebiet dargestellt.

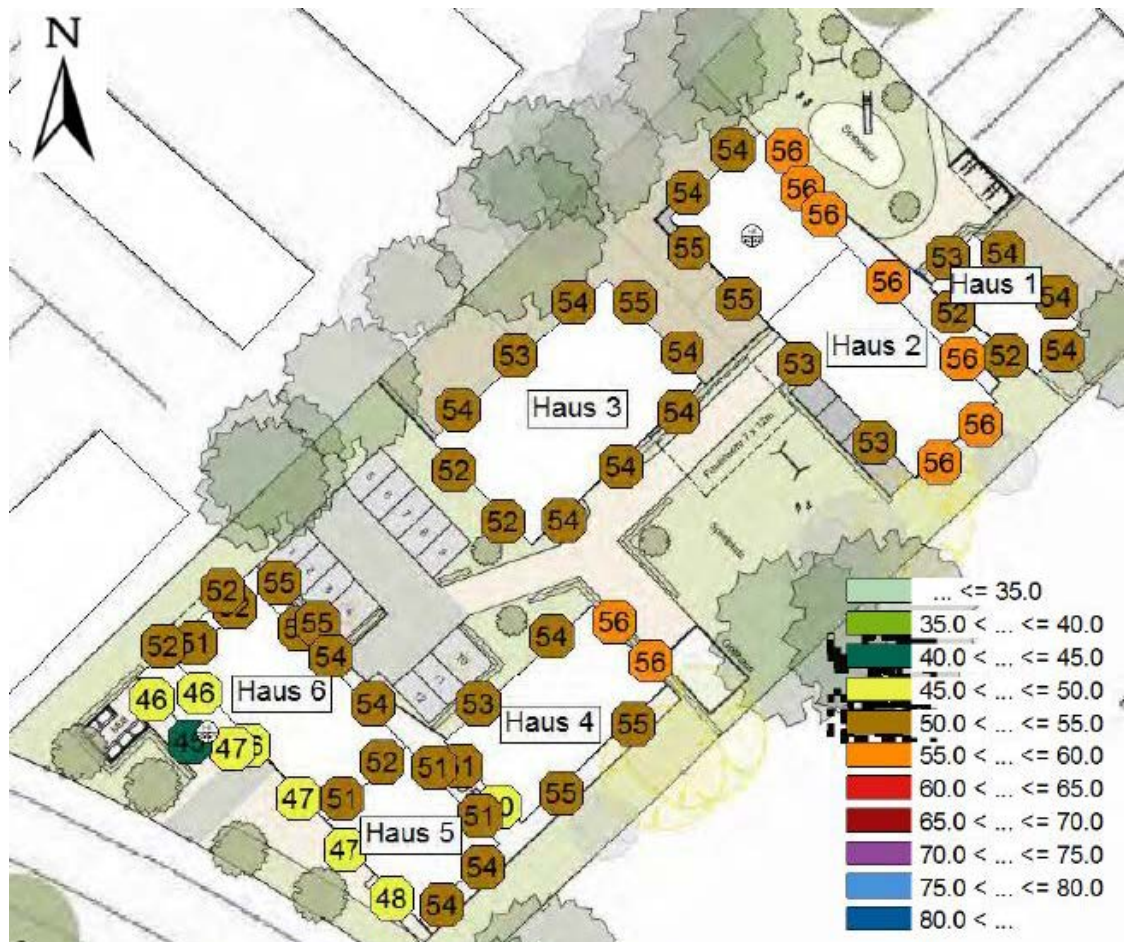


Abb. 3 Gebäudelärmkarten Schienenlärm, Beurteilungspegel nachts
 (Quelle: Schalltechnische Untersuchung für die Aufstellung eines Vorhabens- und Erschließungsplanes in der Seewenjestraße in Bremen Projekt, T&H Ingenieure, Bremen)

Wie aus der Grafik erkennbar, werden die Orientierungswerte der DIN 18005 bzw. die Grenzwerte der 16. BImSchV für Allgemeine Wohngebiete nachts um 11 dB(A) bzw. um 7 dB(A) überschritten. Angesichts der städtebaulich integrierten Lage des Plangebietes und im Interesse der angestrebten Innenentwicklung werden die Überschreitungen der Orientierungs- bzw. Grenzwerte für vertretbar gehalten, wenn ein ausreichender Schallschutz für Aufenthaltsräume im Gebäudeinneren – insbesondere während der Nachtzeit – sichergestellt ist. So haben die Gutachter ermittelt, dass die Vorhabenplanung mit passiven Schallschutzmaßnahmen zu keinen unverträglichen Wohnverhältnissen führt.

Die Festsetzungen zum passiven Lärmschutz dienen der Gewährleistung von gesunden Wohnverhältnissen, so dass in den zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen der Mittelungspegel von 35 dB(A) tagsüber und von 30 dB(A) nachts nicht überschritten wird. Die passiven Schallschutzmaßnahmen wurden unter dem Kapitel C Nr. 5 „Lärm“ beschrieben.

Boden

Die natürliche Geländehöhe des Planungsgebietes liegt etwa zwischen 3,5 m bis 5,5 mNN. Im Plangebiet liegen möglicherweise Auffüllungen unbekannter Mächtigkeiten vor, die in der Regel aus Sanden bestehen. Als jüngste geologische Schicht stehen zunächst Fein- bis Mittelsande der Bremer Düne in Mächtigkeiten zwischen 1 und 3 m an. Unter der Basis der Dünensande lagern Schluffe und Tone in Mächtigkeiten von 1,5 m bis 2 m, örtlich können über 2 m erreicht werden und es können Torflagen enthalten sein.

Wegen dieser Weichschichtenlage muss der Untergrund als „stark setzungsempfindlich“ eingestuft werden; die Tragfähigkeit ist „sehr gering“ bis „gering“. Unter den holozänen Weichschichten folgen die Mittel- und Grobsande der Weichsel- und Saale-Kaltzeit. Diese Wesersande bilden den oberen Grundwasserleiter. Ihre Basis wird in Tiefen ab – 15 mNN (= tiefer als 18 m u. GOF) durch die bindigen Lauenburger Schichten gebildet.

Entsprechend der jahreszeitlichen Verhältnissen treten unterschiedliche Grundwasserstandshöhen auf. Stichtagsmessungen (2015) ergaben Grundwasserstände um ein mNN; Höchststände sind bei 1,5 mNN zu erwarten. Das Grundwasser fließt nach Nordosten.

Fazit

Der Umweltzustand im Plangebiet wird sich bei Durchführung der Planung gegenüber der Nicht-Durchführung (Beibehaltung des Status-Quo) geringfügig verändern. Mit dem Rückbau des bestehenden Garagenhofes sowie der Entsiegelung von Flächen ist damit zu rechnen, dass sich bei einer Durchführung der Planung positive Effekte auf die Bodenfunktionen sowie die mikroklimatischen Verhältnisse einstellen.

Sonstige Umweltbelange, mit Ausnahme der dargestellten Belange des Immissions-schutzes, werden von der Planung nicht betroffen. Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Umweltbelangen sind über die oben genannten Darstellungen hinaus nicht bekannt.

E) Finanzielle Auswirkungen / Genderprüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

Bei der Realisierung der Planung entstehen der Stadtgemeinde Bremen keine Kosten. Die Vorhabenträgerin übernimmt im Durchführungsvertrag die Verpflichtung, das Vorhaben im Plangebiet auf eigene Kosten zu verwirklichen. Auch die Kosten für die Sondierung möglicher Kampfmittel im Plangebiet sind von der Vorhabenträgerin zu tragen.

Wegen einer möglichen Kampfmittelbeseitigung ist jedoch nicht auszuschließen, dass der Stadt Bremen Kosten entstehen könnten. Die dafür erforderlichen Mittel werden – soweit Dritte nicht zur vollständigen Refinanzierung der Kosten herangezogen werden können – entsprechend den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln in Anspruch genommen, über die die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsaufstellung zu beschließen hat.

2. Genderprüfung

Als Wohngebäude sowie als Arbeitsort kommt das Vorhaben für Frauen und Männer gleichermaßen in Frage. Durch das Vorhaben sind daher grundsätzlich keine genderspezifischen Auswirkungen zu erwarten.

Für Entwurf und Aufstellung:

BPW baumgart+partner

Bremen,

.....
Büroinhaber

Für die Vorhabenträgerin:

Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungs-
gesellschaft GmbH gemeinnützig (WaBeQ)

Bremen,

.....

Geschäftsführer

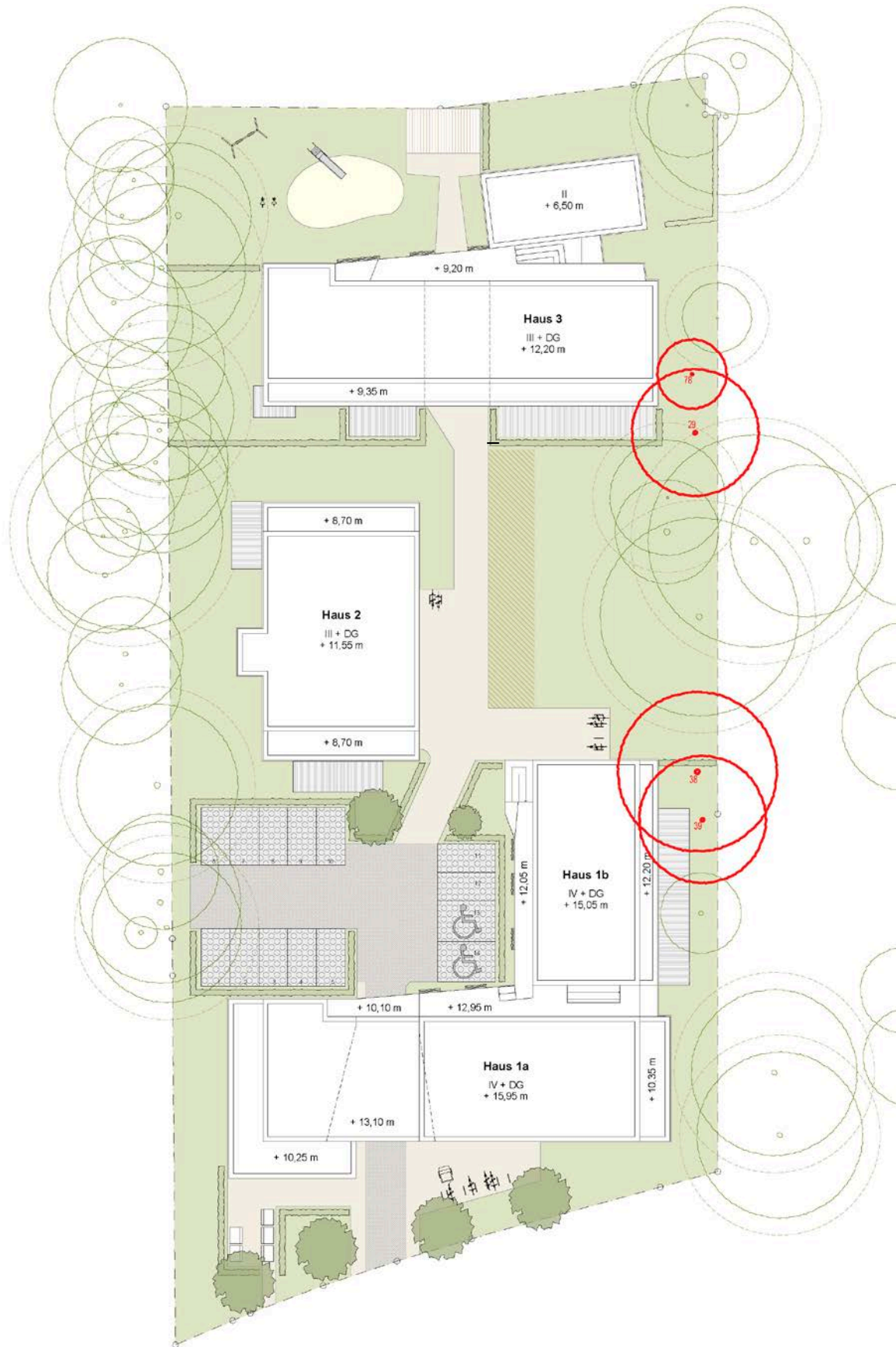
Anlagen:

Anlage 1: Lageplan; Verfasser: Sieber Architekten BDA, Bremen

Anlage 2: Baumassenperspektiven; Verfasser: Sieber Architekten BDA, Bremen

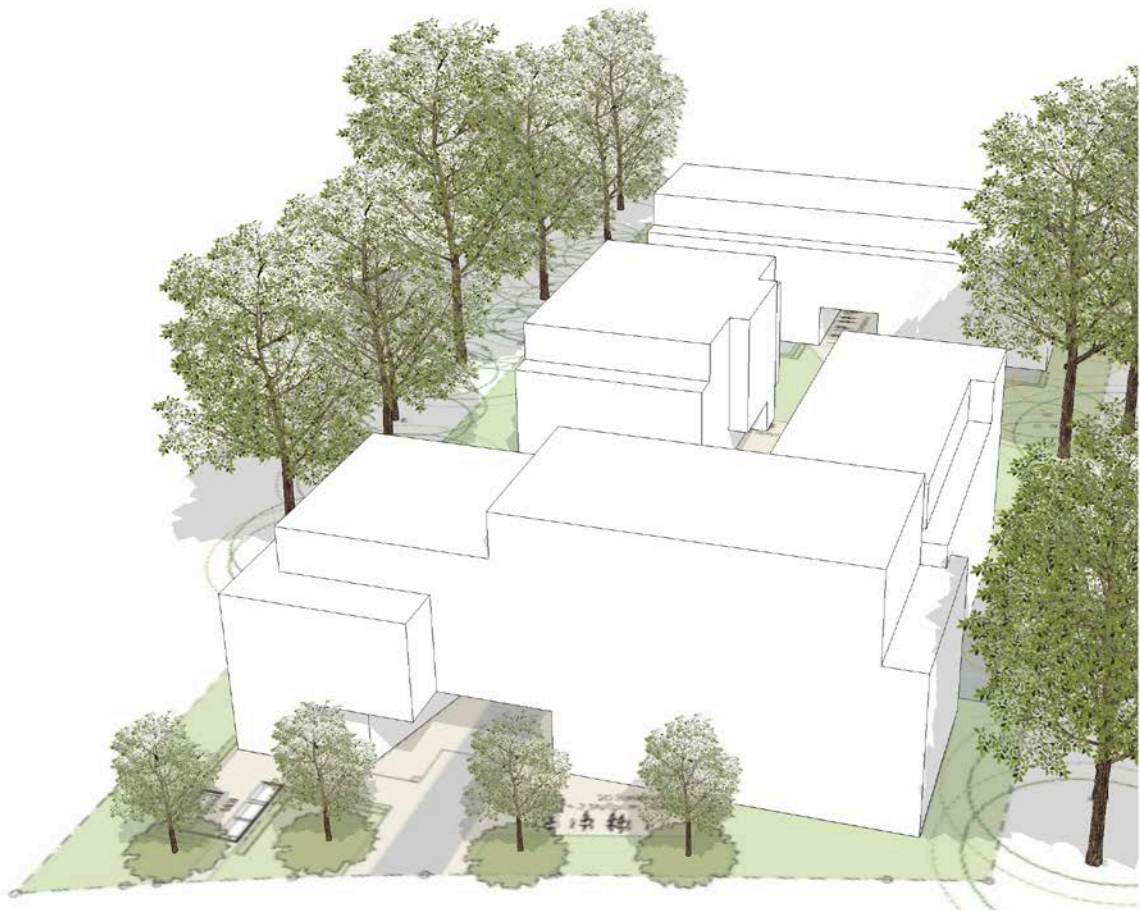
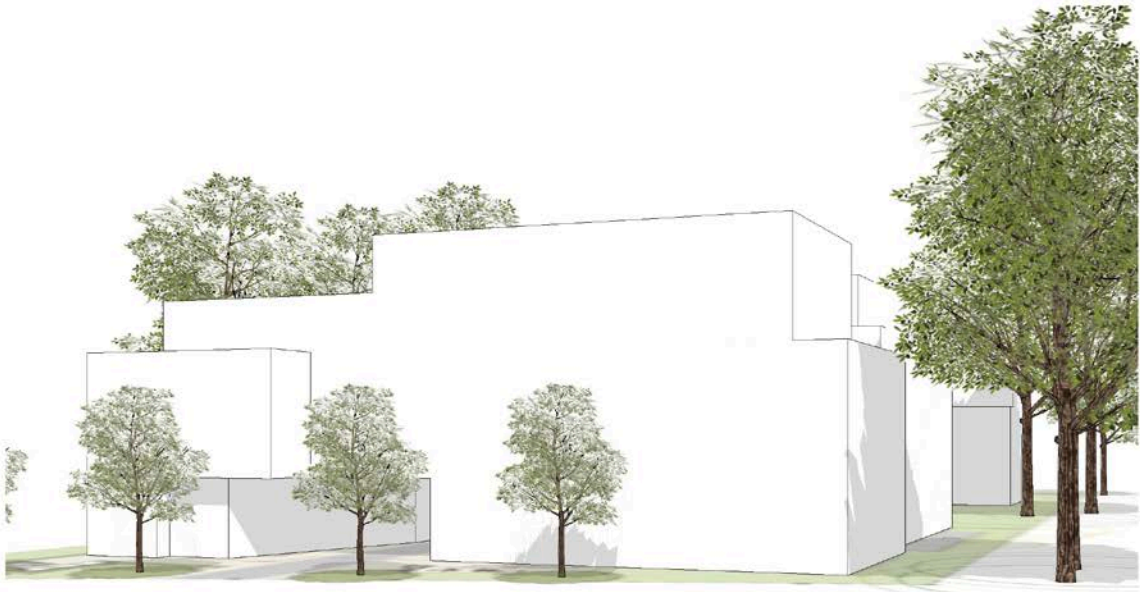
Anlage 3: Baumliste Seewenjestraße 77-97; Verfasser: Vermessungsbüro Horst, Bremen

Anlage 1: Lageplan, ohne Maßstab



Die in roter Farbe dargestellten Bäume werden durch das Neubauvorhaben in der Seewenjestraße überplant.

Anlage 2: Baumassenperspektiven



Anlage 3: Baumliste Seewenjestraße 77-97

Nr.	Art	Stammumfang	Kronenradius	Bemerkung
1	Laubbaum	1,19	1,4	
2	Laubbaum	1,30	6,5	
3	Laubbaum	1,54	7,0	
4	Laubbaum	1,61	5,0	
5	Laubbaum	1,50+1,69	7,0	2 stämmig
6	Eiche	1,01	5,2	
7	Buche	1,25	5,0	
8	Eiche	1,32	5,0	
9	Eiche	0,84	3,3	
10	Eiche	1,26	8,5	
11	Eiche	1,00	4,0	
12	Laubbaum	0,80	6,0	
13	Laubbaum	1,03	6,3	
14	Eiche	1,23	6,4	
15	Eiche	0,71	2,7	
16	Eiche	1,14	5,7	
17	Laubbaum	1,11	4,5	
18	Laubbaum	1,38	6,2	
19	Laubbaum	0,88	5,1	
20	Buche	0,73	5,5	
21	Buche	1,12	5,6	
22	Buche	0,78	2,8	
23	Eiche	1,23	7,3	
24	Laubbaum	1,55+1,70	6,3	2 stämmig
25	Eiche	0,93	4,2	
26	Buche	0,91	3,5	
27	Buche	1,04	4,7	
28	Buche	0,97	5,8	
29	Laubbaum	0,93	5,5	
30	Laubbaum	0,59	5,0	
31	Laubbaum	0,70	4,5	
32	Laubbaum	1,67	8,6	
33	Eiche	1,99	9,2	
34	Eiche	1,79	6,6	
35	Eiche	1,35	5,3	
36	Eiche	1,07	4,2	
37	Eiche	1,25	5,6	
38	Nadelbaum	1,14	6,9	
39	Nadelbaum	0,95	5,5	
40	Nadelbaum	1,25	3,5	
41	Eiche	1,37	7,2	
42	Eiche	1,38	7,2	
43	Laubbaum	0,67	3,7	
44	Laubbaum	0,75	4,3	
45	Laubbaum	0,32	2,0	
46	Eiche	1,42	5,7	
47	Eiche	1,04	5,4	
48	Obstbaum	0,27	2,8	4 stämmig
49	Buche	0,66 + 0,76	3,9	2 stämmig
50	Laubbaum	0,46	2,9	
51	Eiche	0,74	2,1	
52	Eiche	0,72	2,1	
53	Eiche	0,78	3,1	
54	Buche	0,80	3,9	
55	Eiche	0,92	4,5	
56	Buche	0,61	2,8	
57	Eiche	0,77	4,0	
58	Eiche	0,63	3,0	
59	Buche	0,62	3,4	
60	Eiche	0,98	4,5	
61	Eiche	1,06	6,0	
62	Laubbaum	1,03	4,5	
63	Laubbaum	1,02	4,7	

64	Eiche	1,80	7,2	
65	Laubbaum	0,73	3,4	
66	Eiche	1,25	3,3	
67	Laubbaum	0,78	3,5	
68	Laubbaum	1,27	6,0	
69	Laubbaum	1,43	6,5	
70	Laubbaum	1,33	7,8	
71	Laubbaum	1,20	5,5	
72	Birke	1,48	4,2	
73	Laubbaum	2,34	8,1	
74	Laubbaum	2,58	7,1	
75	Nadelbaum	0,45	2,6	
76	Laubbaum	0,55	2,9	
77	Laubbaum	0,44	3,2	
78	Laubbaum	0,30 + 0,57	3,0	4 stämmig
79	Laubbaum	0,45 + 0,65	3,0	3 stämmig
80	Laubbaum	1,26 + 0,90	6,8	2 stämmig
81	Laubbaum	0,72	4,5	
82	Pappel	ca. 4,4	4,7	n. zgl. Stammumfang nur geschätzt

Die in Fettdruck dargestellten Bäume werden durch das Neubauvorhaben in der Seewenjestraße überplant.

**Protokoll der Einwohnerversammlung vom 19. Juni 2018
im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

Ort: Café Vielfalt, Lindenhofstraße 34, 28237 Bremen

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.15 Uhr

Anlass: Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 140 zur Errichtung von Wohngebäuden an der Seewenjestraße zwischen der Weichselstraße, der Bromberger Straße und der Lissaer Straße in Bremen-Gröpelingen

Zur Einwohnerversammlung wurde durch amtliche Bekanntmachung vom 7. Juni 2018 in den Bremer Tageszeitungen fristgemäß eingeladen.

Referentin:	Jutta Bettin, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Tim Kettler, BPW baumgart+partner Ernst Schütte, WaBeQ
Vorsitz und Protokoll:	Ulrike Pala, Ortsamt West
Teilnehmer*innen:	- keine -

Frau Pala eröffnet die Einwohnerversammlung, begrüßt die Anwesenden und erläutert den Anlass des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) für die Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 140 zur Errichtung von Wohngebäuden in dem Plangebiet in Bremen-Gröpelingen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß zu dieser Bürgerversammlung geladen wurde, aber keine Bürger*innen anwesend seien.

Frau Pala dankt den Referent*innen für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung – nach einer kurzen Wartezeit - um 18:15 Uhr.

Jutta Bettin
Referentin Stadtplanung



Ulrike Pala
Vorsitz und Protokoll

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 140
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)

für die Errichtung eines Neubauvorhabens in
Bremen-Gröpelingen

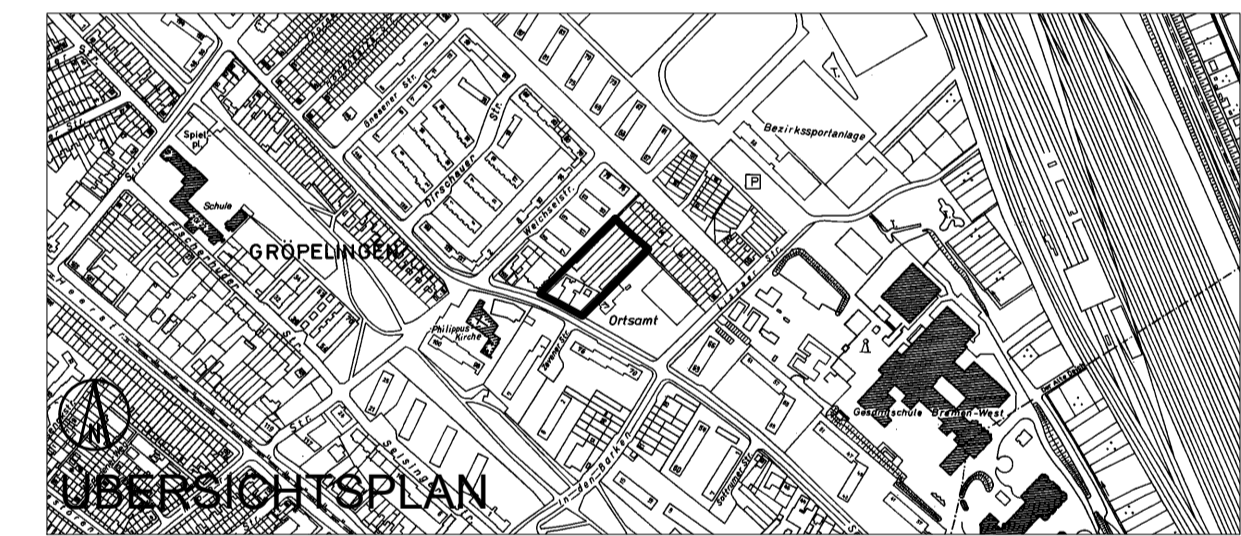
(Bearbeitungsstand: 04.10.2018)

Für Entwurf und
Aufstellung: **BPW baumgart+partner**
Stadt- und Regionalplanung
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ostertorsteinweg 70-71
28203 Bremen

Bremen, den

Vorhabenträgerin: **Waller Beschäftigungs- und
Qualifizierungsgesellschaft GmbH
gemeinnützig (WaBeQ)**
Waller Heerstraße 56
28217 Bremen

Bremen, den



Der Plan hat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom bis öffentlich ausgelegen.

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Im Auftrag

Der Plan hat im Ortsamt West vom bis öffentlich ausgelegen.

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Im Auftrag

Beschlossen in der Sitzung
des Senats am Beschlossen in der Sitzung der
Stadtbürgerschaft am

..... Senator Direktor bei der
Bremischen Bürgerschaft

Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB im Amtsblatt der Freien Hansestadt
Bremen vom Seite

Planung: Bettin
Bearbeitet: Kettler (BPW baumgart+partner)
04.10.2018 (6.A. / TÖB)
Verfahren: Holstein

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Mit der Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes treten innerhalb seines Geltungsbereichs sämtliche Festsetzungen bisheriger Bebauungspläne außer Kraft.
- Im Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes sind im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich die Vorhabenträgerin im Durchführungsvertrag verpflichtet hat.
- Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans wird ein Allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt. Im Allgemeinen Wohngebiet sind folgende nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen ausgeschlossen:
 - Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
 - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
 - Gartenbaubetriebe sowie
 - Tankstellen.
- Die Bezugshöhe für die festgesetzten Höhen baulicher Anlagen ist der in der Planzeichnung gekennzeichnete Höhenbezugspunkt (Bz. 2,94 m ü.NN).
- Im Plangebiet sind Kfz-Stellplätze und Abfallsammelstellen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den dafür festgesetzten Flächen zulässig.
- Schallschutz
 - In den zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen ist durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. schallabsorbierende Ausbildung der Fensterlaibung, Grundrissgestaltung) sicherzustellen, dass tagsüber der Mittelungspegel von 35 dB(A) nicht überschritten wird.
 - Innerhalb des Bereichs zwischen der Seewenstraße und der parallel angrenzenden Baugrenze ist mit Außenlärmmerten nachts von 45 dB(A) bis 48 dB(A) zu rechnen. Hier ist in zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. schallabsorbierende Ausbildung der Fensterlaibung, Grundrissgestaltung) sicherzustellen, dass der Mittelungspegel von 30 dB(A) bei freier Belüftung (gekipptes Fenster) nicht überschritten wird.
 - Nordwestlich des Bereichs Seewenstraße und der parallel angrenzenden Baugrenze ist mit Außenlärmmerten nachts von 50 dB(A) bis 56 dB(A) zu rechnen. Hier ist in zu Wohnzwecken dienenden Aufenthaltsräumen durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. durch schallgedämmte Lüftungsöffnungen) sicherzustellen, dass der Mittelungspegel von 30 dB(A) bei geschlossenem Fenster nicht überschritten wird.
- Der Nachweis für die Erfüllung der Anforderungen der Nummer 6.1-6.3 hat im Einzelfall zu erfolgen.
- Die festgesetzte Gebäudehöhe (OK) kann um bis zu 0,5 m überschritten werden. Eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe (OK) ist für untergeordnete technische Aufbauten, Treppenausstiege sowie für Anlagen zur Nutzung von Solarenergie zulässig, wenn diese die maximale Gebäudehöhe um nicht mehr als 1,5 m überschreitet und um mindestens 2,0 m von der Gebäudeaußenkante des obersten Geschosses abrückt.
- Die tragende Konstruktion der Dächer der Hauptgebäude ist statisch so auszubilden und die erforderliche Bautechnik so zu gestalten (z.B. durch Verlegung von Leerrohren und Platzhalter zur Positionierung von Technikanschlüssen), dass die Errichtung von Solarenergieanlagen auch nachträglich möglich ist.
- Flachdächer von Hauptgebäuden sind mindestens zu 80 % zu begrünen. Hiervon ausgenommen sind Flächen für die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie, Klima- und Lüftungsanlagen sowie für Fahrstuhlüberfahrten.

HINWEISE

Die Bestimmungen der Baumschutzverordnung sowie des Artenschutzrechts bleiben von den Festsetzungen des Bebauungsplanes unberührt.

Im Plangebiet kann das Vorhandensein von Kampfmitteln nicht ausgeschlossen werden. Vor Aufnahme der planmäßigen Nutzung ist daher in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen eine Sondierung und ggf. Beseitigung der Kampfmittel sicherzustellen.

Im Plangebiet sind vorraussichtlich keine archäologische Bodenfundstellen vorhanden. Sollten bei Erdbewegungen oder Bauarbeiten im Plangebiet dennoch archäologische Bodenfunde gemacht werden, ist unverzüglich die zuständige Behörde für Landesarchäologie der Freien Hansestadt Bremen zu informieren und zu beteiligen.

Höhenbezugspunkt mit Höhenangabe in Metern über
Bz 2,94 m ü.NN Normalnull (informativ)

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB)
BauNutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
Planzeichenverordnung (PlanzV)
Bremische Landesbauordnung (BremLBO)



Darstellung auf Grundlage der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) mit Stand vom 19.01.2018 (Geschäftsbuchnummer: 20170370). Die Planunterlage weist für den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans die Gebäude und städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Bremen, den 17.09.2018

Dipl.-Ing H. Horst
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

Diese Karte ist gesetzlich geschützt. Sie darf nur mit Zustimmung von GeoInformation Bremen vervielfältigt, digitalisiert, umgearbeitet, veröffentlicht oder an Dritte weitergegeben werden.
(§ 14 des Vermessungs- und Katastergesetz vom 16.10.1990 – Brem. GBl. S. 313 - 64 -1)
©GeoBasis-DE/GeoInformation Bremen

N

Originalmaßstab 1:500
0 5 10 25

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Allgemeines Wohngebiet

MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

GRZ 0,4 Grundflächenzahl

OK 16,5 m Oberkante baulicher Anlagen als Höchstmaß in Metern über dem Bezugspunkt

BAUGRENZEN

Baugrenze

SONSTIGE PLANZEICHEN

Umgrenzung von Flächen für:
St Stellplatzanlagen
Abfall Abfall

Ein- und Ausfahrtbereich für Kraftfahrzeuge

Durchfahrt

LH 4,0 m Maximale lichte Durchfahrthöhe in Metern